



Foto: Jonas Bielenberg, Forschungsprojekt „Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten“, HAW Hamburg

„...auch wenn über uns geredet wird,
geht es einfach nicht um uns!“¹
Zur Situation von jungen Menschen und der
Kinder- und Jugendhilfe in der Pandemie
Zu diesem Heft

Gunda Voigts

Der wesentliche Maßstab für das Aufwachsen von jungen Menschen in Deutschland – wie weltweit – ist aus menschenrechtlicher Perspektive die Einhaltung der UN – Kinderrechtskonvention (UN-KRK). In Artikel 3 „Wohl des Kindes“ ist in Absatz (1) formuliert, dass „bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleich viel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, [...] das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt [ist], der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Werden die für junge Menschen in der Pandemie derzeit angeordneten Einschränkungen an dieser Vorrangigkeit des Kindeswohls gemessen, ist überdeutlich: die Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in der Pandemie missachtet.

Das Wohl von Kindern und Jugendlichen bleibt unbeachtet In Zeiten, in denen einerseits in der Bundespressekonferenz nach den Bund-Länder-Verhandlungen zur Pandemie-lage die Öffnung von Friseurgeschäften als Wiederherstellung der Würde des Menschen erläutert wird (bpk 10.02.2021), andererseits aber Schulen, Kinder- und Jugendarbeit, Kin-

¹ Zitat aus einem Interview mit einer 17-Jährigen Jugendlichen aus Hamburg

dertageseinrichtungen oder der Jugendsport weiterhin geschlossen bzw. verboten bleiben, wird erschreckend klar, wie weit entfernt wir von der Umsetzung der UN-KRK gerade sind. Es ist kaum anzunehmen, dass in den Abwägungen der bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus das „Wohl des Kindes“ je „vorrangig“ – wie gefordert und von Deutschland ratifiziert – berücksichtigt wurde. Die Herausforderungen und Probleme, die das für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit sich bringt, spüren Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe in ihrer täglichen Arbeit.

Die UN-KRK verankert auch das Recht junger Menschen auf Beteiligung, auf Schutz und auf Förderung. Nicht nur das Bundesjugendkuratorium weist darauf hin, dass gerade in der Krise Kinder- und Jugendrechte gestärkt werden müssen (BJK 2020, 1). Bereits in zahlreichen Veröffentlichungen seit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 bis heute machen verschiedene Akteur*innen auf die Missachtung der Rechte und Interessen von jungen Menschen in Corona-Zeiten aufmerksam und treten für eine umgehende Veränderung des politischen Kurses ein (z. B. agj 2020a; Andresen u. a. 2020a; bjk 2021; DBJR 2021; dsj 2020; Hafener 2020; Hübner/Rose 2020; Lenzsiedlung 2021; Ravens-Sieberer u. a. 2021; Voigts 2020a, b).

Verändert hat sich in den letzten Wochen zumindest, dass Kinder und Jugendliche in politischen Äußerungen berücksichtigt werden, in dem ihr Verzicht gewürdigt und ihre mitunter schweren Lebenslagen angesprochen werden. Gemessen an den ihnen zugemuteten Stigmatisierungen in den ersten Pandemienmonaten – beispielsweise als „Virenschleudern“, „Regelbrecher*innen“ oder „Party-Feiernde“ (Voigts 2020a) – muss das bereits als positive Entwicklung betrachtet werden. Daran, dass ihren Rechten und im Sinne der KRK ihrem Wohl nur wenig Beachtung in den Entscheidungen geschenkt wird, hat das jedoch nichts geändert.

Kritik von Fachverbänden, Wissenschaftler*innen und Interessenvertretungen Diese Kritik findet sich aktuell sehr konkret in der Auseinandersetzung mit von Bundesländern vorgelegten Stufen- oder Perspektivplänen, welche Kriterien für die Wiederöffnung unterschiedlicher (gesellschaftlicher) Lebensbereiche darlegen. So lehnt beispielsweise die Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission den Stufenplan 2.0 der dortigen Landesregierung mit dem Hinweis ab, „eine Nicht-Beachtung der UN – Kinderrechtskonvention wahr[z]u nehmen“ (KiJuKo 2021). Oder der Landesjugendring Schleswig-Holstein fordert in einer Stellungnahme zum dort vorgelegten Perspektivplan, dass die „Interessen von jungen Menschen prioritär“ (LJR SH 2021) berücksichtigt werden müssen. Auf Länderebene wird damit an Diskurse angeschlossen, die auch die bundesweiten Fachzusammenschlüsse und (Jugend-)Verbände beschäftigen.

Junge Menschen müssen ihre Kernherausforderungen bewältigen können Kindheit und vor allem Jugend ist im Verhältnis zu anderen Lebensstufen eine kurze wie zugleich für die Persönlichkeitsentwicklung enorm wichtige Phase. Vieles, was dort nicht erfahren und erlernt wird, lässt sich im späteren Leben nicht mehr einholen. So ist es wichtig, immer wieder von Neuem zu betonen, dass junge Menschen auch und gerade in Corona-Zeiten ein Recht auf Kindheit und Jugend haben (müssen).

Verbunden werden diese Lebensphasen gesellschaftlich mit klaren Entwicklungserwartungen. Der 15. Kinder- und Jugendbericht spricht mit Blick auf die Jugendphase von drei zentralen Kernherausforderungen – der Qualifizierung, der Verselbstständigung und der Selbstpositionierung (Deutscher Bundestag 2017). Für eine gelingende Bewältigung dieser Anforderungen benötigen junge Menschen „Handlungs-, Erfahrungs- und Entscheidungsräume [...], die möglichst weitgehend eigene Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen“ (ebd., 390). Genau diese sind ihnen gerade genommen. In Zeiten geschlossener Schulen und untersagter Kinder- und Jugendarbeit, des Verbots von Treffen in ihren Peergroups und des Verdrängens aus dem öffentlichen Raum kann es jungen Menschen kaum gelingen, eine soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen. Ebenso wenig ist es möglich, Eigenständigkeit und eine individuelle Verantwortung reflektiert auszuloten oder die mit

Selbstpositionierung gemeinte Integritätsbalance im Sinne einer Haltung zu sich selbst, dem Gegenüber und den Mitmenschen zu entwickeln. Die subjektive Freiheit im Kontext sozialer Zugehörigkeit zu verorten, kann nicht im „Distanz“-Lernen vor dem mehr oder weniger geeigneten technischen Endgerät in einer je nach sozialer Lage und Wohnort mehr oder weniger geeigneten (Lern-)Umgebung auf sich alleingestellt geschehen. Adressiert als Schüler:innen oder Auszubildende, zurückverwiesen in die Einsamkeit vor dem Bildschirm oder Handy, überbietet mit der plötzlichen Zuordnung alleiniger Selbstverantwortung für das jeweils individuelle Vorankommen werden viele junge Menschen in der Pandemie (verzweifelt) zurückgelassen.

Jugendliche fühlen sich nicht gehört – Kinder beschreiben geminderte Lebensqualität Besonders deutlich wird das, wenn junge Menschen selbst befragt werden. In der JuCo 2-Studie werden für die im Schwerpunkt befragten 15- bis 19-Jährigen ein „Gefühl der Ohnmacht“ und „Verunsicherungen“ (Andresen u. a. 2020b, 4) resümiert. So geben 45% der befragten jungen Menschen an, Angst vor der Zukunft zu haben, weiterer 23% benennen das als zumindest teilweise für sie zutreffend (ebd., 5). Die Copsy-Studie stellt heraus, dass 80% der befragten Kinder und Jugendlichen sich durch Corona belastet fühlen und fast jedes dritte Kind unter psychischen Auffälligkeiten leide (UKE 2021). Die in einem Lehrforschungs-Projekt an der HAW mit 14- bis 18-Jährigen geführten Interviews zeigen auf, wie die Freundschaftsbeziehungen junger Menschen unter den Kontaktbeschränkungen leiden und wie Zukunftsängste mit Blick auf schulische Abschlüsse und die Zeit nach der Schule entstehen (Voigts u. a. 2021). Dass junge Menschen sich in der Corona-Pandemie nicht gehört und nicht ernst genommen fühlen, ist eine Aussage, die verschiedene Studien hervorbringen. So stimmen beispielsweise in der JuCo-Studie nur 1,2 % der befragten jungen Menschen der Aussage „Ich habe den Eindruck, dass meine Sorgen gehört werden“ (Andresen u. a. 2020b) zu, während 64,9% diesem Satz gar nicht oder eher nicht zustimmen.

Anwaltschaftlicher Einsatz für die Interessen von jungen Menschen Die vorherige Analyse macht erschreckend deutlich, wie wichtig es ist, dass Fachverbände und Interessenvertretungen wie auch Wissenschaftler*innen und Fachkräfte in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sich anwaltschaftlich für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Corona-Zeiten einsetzen. Es ist gut, dass diese Stimmen im Feld der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Monaten lauter geworden sind, als sie es bisher waren – oder es vielleicht auch einfach nur medial vernehmbar war. So tritt beispielsweise der Deutsche Bundesjugendring als Zusammenschluss der Jugendverbände in Deutschland dafür ein, dass Kinder und Jugendliche „flächendeckend und schnellstmöglich mindestens einen Tag in der Woche die Möglichkeit haben, in Präsenz an einem ehren- oder hauptamtlich begleiteten Angebot mit institutioneller Anbindung teilzunehmen“ (DBJR 2021, 1). Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland fordert, dass „Begegnungsmöglichkeiten gerade für junge Menschen in Peergroups im öffentlichen Raum“ (aej 2020, 4) ermöglicht werden. Das Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit verdeutlicht, dass Kinder- und Jugendarbeit „auch in Corona-Zeiten unverzichtbar [ist]“ (BNKJA 2020, 1). Und das Bundesjugendkuratorium fordert eindringlich, „die Maßnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie [...] stärker auf die verschiedenen Altersgruppen und die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ (BJK 2020, 2) abzustimmen und dabei die unterschiedlichen sozialen Lagen und Benachteiligungen im Blick zu haben.

Kinder- und Jugendhilfe als sozialstaatlich zentrales Unterstützungssystem junger Menschen Das im SGB VIII im §1 zentral festgeschriebene Recht jedes jungen Menschen „auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ muss in dieser Hinsicht in Pandemiezeiten mehr denn je in den Vordergrund gestellt werden. Kinder- und Jugendhilfe dient der Verwirklichung dieses Rechts, in dem sie die individuelle und soziale Entwicklung

junger Menschen fördert, Benachteiligungen abzubauen sucht und einen Beitrag zum Erhalt und zur Schaffung gelungener kinder- und jugendgerechter Lebensbedingungen leistet (ebd.). Entsprechend wichtig ist es, dieses Unterstützungssystem in für junge Menschen herausfordernden Zeiten offen zu halten und auskömmlich auszustatten – finanziell und personell. Gerade für besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche sind (niedrigschwellige) Orte der Kinder- und Jugendhilfe wie z.B. die Jugendsozialarbeit, die offene Kinder- und Jugendarbeit oder auch die Kindertageseinrichtungen ein immens wichtiger Ort. So weist die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (agj) darauf hin, dass „für ohnehin besonders Schutzbedürftige [...] sich in der Pandemie die Gefahr [potenziert], schutzlos zu werden.“ (agj 2020b, 1) Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe versuchen mit viel Engagement und Kreativität auch unter den strengen Regelungen der Pandemie-Eindämmungsverordnungen ihre Angebote weiterhin für junge Menschen offen zu halten und mit ihnen in Kontakt zu bleiben. Sie brauchen dazu politische Rückendeckung, die mitunter vermisst wird. So warnt ebenfalls die agj „bereits jetzt vor einem Wiedererstarken der Legende der „freiwilligen“ Leistungen aufgrund von kommunalem Haushaltsdruck“ (agj 2020b, 1) und betont, dass „die (analogen) Strukturen der Jugendarbeit, der Familienbildung und -freizeit [...] (nicht nur) für die Zeit „nach Corona“ weiter gebraucht [werden]!“ (ebd.)

Kindheit und Jugend lassen sich nicht verschieben Über allen diesen Äußerungen und Positionen steht: Kinder haben ein Recht auf Kindheit und Jugendliche ein Recht auf Jugend. Weder Kindheit noch Jugend lassen sich verschieben. Deshalb ist es dringend erforderlich, in den Pandemie-Eindämmungsszenarien zu „differenzierenden Entscheidungen“ (Voigts 2021) zu kommen. Das heißt Entscheidungen zu treffen,

- die sich an den Kernherausforderungen und Entwicklungsphasen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen orientieren;
- die auch unter Beteiligung junger Menschen entstanden sind;
- die sich an der Perspektive der Überwindung sozialer Ungleichheiten orientieren.

Das erfordert nach einem Jahr Pandemie aus dem Reaktionsmodus herauszukommen und in einem Gestaltungsmodus zu agieren. Bisher vorliegende Stufenpläne versuchen dies, verfolgen aber nicht die Vorrangigkeit des Wohls des Kindes. Vor jeder Entscheidung gilt es zu fragen, ob das Wohl des Kindes tatsächlich vorrangig berücksichtigt wurde, die Beteiligung junger Menschen entsprechend ihres Alters und ihre jeweiligen Kompetenzen wirklich angemessen und nachvollziehbar war und ob der Schutz von Kindern und Jugendlichen als ein zentrales Kriterium berücksichtigt wurde. Bisher – so ist zumindest aus der Beobachterinnen-Perspektive zu schließen – scheinen diese Fragen keine ausreichende Rolle in den politischen Entscheidungen über Lebensarrangements von jungen Menschen in der Pandemie gespielt zu haben. Junge Menschen benötigen aber dringend und sofort wieder Optionen, eigene Wege autonom wie gemeinsam mit Gleichaltrigen gehen zu können. Das heißt für mich konkret politisch gefordert:

- Begegnungen von Peergroups junger Menschen im öffentlichen wie privaten Raum zugänglich wieder zu ermöglichen und zu akzeptieren, dass die Familie vieler Jugendlicher die Peergroup ist;
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit durchgängig als wichtigen Anlaufpunkt für junge Menschen offen zu lassen;
- Kinder- und Jugendsport unter Einhaltung von Hygiene- und Kontaktregelungen in kleinen Gruppen zu erlauben;
- Schule (endlich) (wieder) zu mehr als nur formaler Qualifikationsfläche zu machen, die Lernstoffanforderungen zu entschlacken und Schulen einschließlich der Schulhöfe und Sportanlagen offen zu halten;
- das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen ernst zu nehmen, zu benennen und zu fördern;
- zu akzeptieren, dass die Mehrheit der jungen Menschen ihren Beitrag zur Pandemiebekämpfung leisten will und die Regeln einhält;

- junge Menschen anzuhören und ernst zu nehmen – und zwar als kompetente Akteur*innen ihres eigenen Lebens, d.h. sie konkret in die sie betreffenden Entscheidungen einzubeziehen;
- Perspektiven für die Sommerferien zu bieten, die sich nicht auf das Nachholen von „schulischen Lernrückständen“ bezieht, sondern das Erleben von freier Zeit in Gemeinschaft z.B. auf Freizeiten, in Ferienaktionen, etc. ermöglicht.

In all diesem und durch all dieses gilt es, den bekannten Manifestierungen sozialer Unterschiede gerade im Jugendalter entgegenwirken (Deutscher Bundestag 2017). Dazu muss ein differenzierter Blick auf verschiedene Zielgruppen genommen werden. Nur einige seien beispielhaft genannt:

- junge Menschen, die auf der Straße leben,
- junge Menschen mit (zugeschriebenen) Behinderungen,
- junge Menschen in Armutslagen,
- junge Menschen in unzureichenden Wohnsituationen,
- junge Menschen mit Fluchterfahrungen,
- junge Menschen in psychiatrischen Einrichtungen,
- junge Menschen in den stationären Hilfen der Erziehung,
- junge Menschen in digital schlecht vernetzten Gegenden.

Der Weg zum Ziel: Kinder- und Jugendrechte in den Fokus Der Weg zum Ziel ist einfacher als gedacht, da die UN-KRK ihn weist. Bei jeder einschränkenden Maßnahme müssen folgende Fragen vorrangig sein: Werden Kinderrechte durch diese Maßnahmen eingeschränkt? Wurde darüber beraten, ob es verhältnismäßigere und geeignetere Maßnahmen gäbe? Wurden Kinderrechte-Expert*innen bei den Planungen hinzugezogen? Wurden junge Menschen wie Expert*innen aus der Kinder- und Jugendhilfe angehört und ihre Meinungen berücksichtigt?

Können diese Fragen eindeutig mit „Ja“ beantwortet werden, ist das Ziel erreicht: Kindheit und Jugend ist wieder ermöglicht – auch und gerade in Pandemiezeiten! Oder um mit den Worten eines Zwischenrufes des Bundesjugendkuratoriums zu sprechen und damit die Perspektive am Ende dieses Textes noch einmal über Deutschland hinaus zu weiten: „Es ist notwendig, sowohl europa- als auch bundespolitisch, die Initiative zu ergreifen, damit sich junge Menschen der aktuellen Jugendgeneration hinsichtlich der nachhaltigen Auswirkungen nicht als Verlierer der gegenwärtigen Pandemie sehen müssen.“ (BJK 2020, 3)

Gunda Voigts

Prof. Dr. Gunda Voigts, Professorin für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendarbeit an der HAW Hamburg, Mitglied der LAG Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Hamburg, der Kinder- und Jugendkommission des niedersächsischen Landtages sowie der Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts.

gunda.voigts@haw-hamburg.de

Literatur

aej – Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (2020): Ausgebremst und dennoch handlungsfähig. Soziale und psychische Belastungen junger Menschen aufgrund der Corona-Pandemie ernst nehmen! Hannover. Online: <https://www.evangelische-jugend.de/beschluesse2020> (26.02.2021)

agj – Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (2020a): Wenn Kümmerer*innen selbst Hilfe brauchen... Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Kinder- und Jugendhilfe. Zwischenruf. Berlin. Online: <https://www.agj.de/positionen/aktuell.html> (26.02.2021)

agj – Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland (2020b): Schutz für die besonders Bedürftigen. Zwischenruf. Berlin. Online: <https://www.agj.de/positionen/aktuell.html> (26.02.2021)

Andresen, S. u. a. (2020a): Nachteile von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausgleichen. Politische Überlegungen im Anschluss an die Studien JuCo und KiCo Online. Hildesheim. Online: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1125> (26.02.2021)

Andresen, S. u.a. (2020b): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“. Jugendalltag 2020. Hildesheim. Online: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1166> (26.02.2021)

BJK – Bundesjugendkuratorium (2020): Kinder- und Jugendrechte in der Krise stärken! Zwischenruf. Berlin. Online: <https://bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen/kinder-und-jugendrechte-in-der-krise-st%C3%A4rken!.html> (26.02.2021)

BJK – Bundesjugendkuratorium (2021): Das Recht junger Menschen auf Schutz vor Gewalt – Verantwortung aller jenseits institutioneller Grenzen. Berlin. Online: <https://bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen/das-recht-junger-menschen-auf-schutz-vor-gewalt.html> (26.02.2021)

BNKJA – Bundesnetzwerk Kinder- und Jugendarbeit (2020): Junge Menschen brauchen Erlebnis- und Begegnungsräume – Kinder- und Jugendarbeit ist auch in Corona-Zeiten unverzichtbar! o.O.

DBJR – Deutscher Bundesjugendring (2021): Kinder und Jugendliche müssen oberste Priorität haben. Zwischenruf. Berlin. Online: <https://www.dbjr.de/artikel/kinder-und-jugendliche-muessen-oberste-prioritaet-haben/> (26.02.2021)

Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Online: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/15-kinder-und-jugendbericht-115440> (26.02.2021)

dsj – Deutsche Sportjugend im DOSB (2020). Sportlich – gemeinsam – nachhaltig die Coronakrise überstehen. Sportvereine und -verbände in der Kinder- und Jugendarbeit müssen unterstützt werden. Stellungnahme. Frankfurt a.M. Online: <https://www.dsj.de/news-artikel/sportlich-gemeinsam-nachhaltig-die-coronakrise-ueberstehen/> (26.02.2021)

Hafenecker, B. (2020). Adoleszente Dynamik in Zeiten von Corona. *deutsche jugend*, 68 (7-8), S. 294-296.

Hübner, J. & Rose, L. (2020). Corona-Partys von Jugendlichen. Kritische (Zwischendurch-)Gedanken zum Generationenverhältnis in Zeiten der Pandemie. Online unter: <https://www.blog.dgsa.de/corona-party-von-jugendlichen-kritische-zwischendurch-gedanken> (02.10.2020)

KiJuKo – Kinder- und Jugendkommission des Niedersächsischen Landtags (2021): Stellungnahme der Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission zum Corona-Stufenplan 2.0 der Niedersächsischen Landesregierung. Hannover.

Lenzsiedlung (2021): Anerkennung gegenüber Kindern und Jugendlichen in der Pandemie. Stellungnahme. Hamburg. In: *standpunkt : sozial*, 32. Jg., H. 1, S. 117-120.

LJR HH – Landesjugendring Hamburg (2021): Eigenständige jugendpolitische Perspektive auf die Corona-Pandemie: Wir brauchen eine Öffnungsstrategie für Jugendverbände sowie für Jugend-freizeit- und Jugendbildungsstätten. Positionspapier. Hamburg.

LJR SH – Landesjugendring Schleswig-Holstein (2021): Kinder und Jugendliche brauchen Perspektiven – Covid-19-Stufenplan anpassen. Stellungnahme. Kiel. Online: <https://ljrsh.de/aktuelles/view/1081> (26.02.2021)

Ravens-Sieberer, U. u.a. (2021): Impact of the COVID-19 pandemic on quality of life and mental health in children and adolescents in Germany. In: *European Child & Adolescent Psychiatry*, 30 (1), Online: <https://link.springer.com/article/10.1007/s00787-021-01726-5> (24.02.2021)

UKE (2021): COPSy-Studie: Kinde rund Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark unter Corona-Pandemie. Pressemitteilung vom 10.02.2021. Hamburg.

Voigts, G. (2020a): „Jugendliche brauchen Freiräume!“ – ein Plädoyer, für die Perspektiven junger Menschen in Corona-Zeiten einzutreten. *Diskurs Kindheits- und Jugendforschung*, 15 (2), S. 217–222. Online: <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/debatten-dialog/jugendliche-brauchen-freiraeume-/> (26.02.2021)

Voigts, G. (2020b): Vom „Jugend vergessen“ zum „Jugend ermöglichen“: Bewegungs-, Beteiligungs- und Freiräume für junge Menschen in Corona-Zeiten. In: *Forum Kinder- und Jugendsport* 1(2), Online: <https://doi.org/10.1007/s43594-020-00022-5> (10.01.2021)

Voigts, G. (2021): Jugend lässt sich nicht verschieben! Begegnung und Hoffnung für Jugendliche in der Coronakrise. In: *das baugerüst – Zeitschrift für Jugend- und Bildungsarbeit* 73 (1), S. 6-9.

Voigts, G. u. a. (2021): Jugend-Leben unter Pandemiebedingungen. Wie Jugendliche gerade auf ihr Leben blicken. In: *standpunkt : sozial*, 32. Jg., H. 1, S. 24-31.